

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	23
A. Einleitung	35
I. Problemaufriss und Ziel der Untersuchung	35
II. Gang der Untersuchung	37
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	39
IV. Begrifflichkeiten	39
B. Die Rolle der Abschlussprüfung in der Corporate Governance	41
I. Der Begriff der Corporate Corporate Governance – interne und externe Kontrollmechanismen	41
II. Die Rolle der Abschlussprüfung in der Corporate Governance	43
C. Rechtsgeschichtliche Entwicklung und Regelungsquellen der gesetzlichen Qualitätsanforderungen und Qualitätssicherungsmechanismen	55
I. Die gesetzlichen Qualitätsanforderungen und Qualitätssicherungsmechanismen in ihrer rechtsgeschichtlichen Entwicklung	55
II. Die relevanten Regelungsquellen und ihre Interpretation	75
D. Die gesetzlichen Qualitätsanforderungen zur Gewährleistung der Urteilsfreiheit, der Urteilsfähigkeit, der sachgerechten Urteilsbildung und des öffentlichen Ansehens des Abschlussprüfers	112
I. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung der Urteilsfreiheit	113
II. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung der Urteilsfähigkeit	137

Inhaltsübersicht

III. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung der sachgerechten Urteilsbildung	143
IV. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung des öffentlichen Ansehens der Abschlussprüfer	171
E. Die gesetzlichen Qualitätsanforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers	177
I. Gesetzliche Anforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers mit dem Aufsichtsrat	178
II. Gesetzliche Anforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers mit dem Vorstand	201
III. Gesetzliche Anforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers gegenüber den Abschlussadressaten	203
IV. Mitteilungspflichten des Abschlussprüfers gegenüber Behörden	215
F. Zwischenfazit zu den gesetzlichen Qualitätsanforderungen	220
G. Die gesetzlichen Qualitätssicherungsmechanismen	222
I. Interne Qualitätssicherungsmechanismen	224
II. Externe präventive Qualitätssicherungsmechanismen	232
III. Externe repressive Qualitätssicherungsmechanismen	250
IV. Information Dritter über die Qualitätssicherungsmechanismen	264
V. Zwischenfazit zu den gesetzlichen Qualitätssicherungsmechanismen	266
H. Die Qualitätsprüfung im Aufsichtsrat	268
I. Initiativen von „Regulatoren“ zur Überwachung der Abschlussprüfung durch Audit Committees	270
II. Zuweisung der Überwachungsaufgabe an (qualifizierten) Prüfungsausschuss	273
III. Auswahl des Abschlussprüfers und Beauftragung durch den Aufsichtsrat	281

IV. Überwachung während der Prüfungsdurchführung und Hilfestellungen durch den Abschlussprüfer	296
V. Externe Berichterstattung über Aufsichtsrat und Abschlussprüfung	300
VI. Gesetzliche Absicherung der Abschlussprüfungsüberwachung	305
VII. Eingrenzung des Überwachungsgegenstands und der Überwachungsintensität	308
VIII. Die Qualitätsüberwachung im Aufsichtsrat als Element der Corporate Governance	329
I. Fazit und Ausblick	334
I. Fazit	334
II. Ausblick	341
Literaturverzeichnis	355

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
A. Einleitung	35
I. Problemaufriss und Ziel der Untersuchung	35
II. Gang der Untersuchung	37
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	39
IV. Begrifflichkeiten	39
B. Die Rolle der Abschlussprüfung in der Corporate Governance	41
I. Der Begriff der Corporate Governance – interne und externe Kontrollmechanismen	41
II. Die Rolle der Abschlussprüfung in der Corporate Governance	43
1. Die gesetzlichen Funktionen der Abschlussprüfung	43
a) Die Kontroll- und Beglaubigungsfunktion	45
b) Die Informationsfunktion	47
aa) Gegenüber dem Aufsichtsrat	47
bb) Gegenüber den Abschlussadressaten	47
cc) Gegenüber Behörden	48
c) Die Unterstützungsfunktion	49
d) Die Präventivfunktion	52
e) Die Korrekturfunktion	52
2. Zuordnung der Abschlussprüfung und ihrer Funktionen zu internen und externen Kontrollmechanismen	53
C. Rechtsgeschichtliche Entwicklung und Regelungsquellen der gesetzlichen Qualitätsanforderungen und Qualitätssicherungsmechanismen	55
I. Die gesetzlichen Qualitätsanforderungen und Qualitätssicherungsmechanismen in ihrer rechtsgeschichtlichen Entwicklung	55
1. Weltwirtschaftskrise führt 1931 zur Einführung der Pflichtprüfung	56

2. Die Entwicklungen bis zur 3. WPO-Novelle von 1995	58
a) Die Abschlussprüfung im Nationalsozialismus	58
b) Die WPO von 1961 – einheitliche Regelungen für den Berufsstand und Selbstverwaltung durch die WPK	59
c) Das AktG von 1965 – stärkere Ausrichtung der Abschlussprüfung auf die Aktionärsinteressen und Kodifizierung der Warnpflicht (Redepflicht) des Abschlussprüfers	59
d) Das BiRiLiG von 1985 – Harmonisierung in der EG	60
e) Die 3. WPO-Novelle von 1995 – Satzungsermächtigung für die WPK	61
3. Die Entwicklungen vom KonTraG von 1998 bis zum BilMoG von 2009	61
a) Das KonTraG von 1998 – Neuordnung des Verhältnisses Abschlussprüfer – Aufsichtsrat	62
b) Das WPOÄG von 2001 – Peer Review für Abschlussprüfer	63
c) Das TransPuG von 2002 – weitere Verbesserung des Prüfungsberichts angestrebt	63
d) Anfang der 2000er Jahre – internationale und nationale Diskussionen um Qualität der Abschlussprüfung und folgende Initiativen	64
e) Das BilReG von 2004 – Verschärfung der Unabhängigkeitsanforderungen	65
f) Das BilKoG von 2004 – mittelbare Kontrolle der Abschlussprüfung	66
g) Das APAG von 2005 – Etablierung der berufsstandsunabhängigen Abschlussprüferaufsichtskommission (AKAP)	67
h) Das BARefG von 2007 – Einführung der anlassunabhängigen Sonderuntersuchungen durch die WPK	67
i) Das BilMoG von 2009 – Ausbau der Unterstützungsfunktion und Institutionalisierung des Prüfungsausschusses	68
4. Die EU-Abschlussprüferreform von 2014/2016 – umfassende Neuerungen für Abschlussprüfungen bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und Verschärfung der Überwachungspflichten des Aufsichtsrats/Prüfungsausschusses	69

5. Aktuelle Entwicklungen	73
II. Die relevanten Regelungsquellen und ihre Interpretation	75
1. Die Rechtsquellen der relevanten Rechtsvorschriften	75
a) WPO, HGB, AktG, EU-APVO, APAS-EG	76
b) Internationale Prüfungsstandards i.V.m. §§ 317 Abs. 5, 322 Abs. 1a HGB, Art. 9 EU-APVO	80
aa) Die Transformationsnormen §§ 317 Abs. 5, 322 Abs. 1a HGB	80
bb) Die Transformationsnorm Art. 9 EU-APVO	83
c) Verordnungen auf Grundlage von HGB und WPO	83
aa) Verordnungen auf Grundlage des HGB	83
bb) Verordnungen auf Grundlage der WPO	84
d) Satzungen der Wirtschaftsprüferkammer	84
aa) Berufssatzung	85
bb) Satzung für Qualitätskontrolle	86
2. Die Interpretation der Rechtsnormen durch die Berufsaufsicht und die Berufsorganisationen	86
a) Vorbemerkung: Organisation der Berufsaufsicht	87
aa) Aufsicht durch die Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	88
(1) Aufgaben der WPK	89
(2) Mitgliedschaft in der WPK	90
(3) Organisation der WPK	90
(4) Fach- und Rechtsaufsicht über die WPK	92
(a) Fachaufsicht durch die APAS	92
(b) Rechtsaufsicht durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	94
bb) Aufsicht durch die Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS)	95
(1) Aufgaben der APAS	95
(2) Organisation der APAS	96
(3) Rechtsaufsicht über die APAS	98
b) Relevanz der Verlautbarungen der Berufsaufsicht	98
aa) Verlautbarungen der WPK	99
bb) Verlautbarungen der APAS	101
c) Vorbemerkung: Berufsorganisationen	102
aa) Das IDW	103
bb) Die IFAC	104

d) Relevanz der Verlautbarungen der Berufsorganisationen	106
aa) Verlautbarungen des IDW	106
bb) Verlautbarungen der IFAC	110
D. Die gesetzlichen Qualitätsanforderungen zur Gewährleistung der Urteilsfreiheit, der Urteilsfähigkeit, der sachgerechten Urteilsbildung und des öffentlichen Ansehens des Abschlussprüfers	112
I. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung der Urteilsfreiheit	113
1. Unabhängigkeit, Unbefangenheit und Unparteilichkeit	115
a) Allgemeine Anforderungen	116
aa) Unabhängigkeit, Unbefangenheit und Unparteilichkeit als Berufspflichten nach der WPO	117
(1) Unabhängigkeit als allgemeine Berufspflicht, § 43 Abs. 1 S. 1, 1. Var. WPO	117
(2) Unbefangenheit als besondere Berufspflicht, § 49, 2. Alt. WPO	119
(3) Unparteilichkeit als besondere Berufspflicht, § 43 Abs. 1 S. 2 WPO	121
bb) Unabhängigkeit, Unbefangenheit und Unparteilichkeit als Pflichten aus dem HGB	121
(1) Ausschlussgründe gem. § 319 Abs. 2, 3 HGB	122
(2) Pflicht zur unparteiischen Prüfung, § 323 Abs. 1 S. 1 HGB	125
b) Besondere Anforderungen an Abschlussprüfungen in Unternehmen von öffentlichem Interesse	125
aa) Besondere Ausschlussgründe, § 319a HGB	125
bb) Verbot der Erbringung bestimmter Nichtprüfungsleistungen, Art. 5 Abs. 1 EU-APVO	126
cc) Pflicht, für zulässige Nichtprüfungsleistungen die Billigung des Prüfungsausschusses einzuholen, Art. 5 Abs. 4 EU-APVO	128
dd) Quantitative Begrenzung der Nichtprüfungsleistungen durch Honorarcap, Art. 4 Abs. 2 EU-APVO	130
ee) Verbot von Erfolgshonoraren, Art. 4 Abs. 1 EU-APVO	131
ff) Verhinderung der übermäßigen Abhängigkeit vom geprüften Unternehmen, Art. 4 Abs. 3 EU-APVO	131

gg) Externe Rotation, Art. 17 Abs. 1 Untabs. 2 EU-APVO	132
hh) Interne Rotation, Art. 17 Abs. 7 EU-APVO	134
2. Eigenverantwortlichkeit als allgemeine Berufspflicht, § 43 Abs. 1 S. 1, 4.Var. WPO	135
II. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung der Urteilsfähigkeit	137
1. Erforderliche Mindestqualifikation für öffentliche Bestellung des Wirtschaftsprüfers durch die WPK	138
2. Voraussetzungen für die Anerkennung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die WPK	139
3. Nur Wirtschaftsprüfer als Abschlussprüfer, § 319 Abs. 1 S. 1, 3 HGB	141
4. Fortbildungspflicht als allgemeine Berufspflicht, § 43 Abs. 2 S. 4 WPO	141
5. Einsatz eines geeigneten verantwortlichen Prüfungspartners und seine Beteiligung an der Abschlussprüfung als besondere Berufspflicht, § 43 Abs. 6 WPO	142
III. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung der sachgerechten Urteilsbildung	143
1. Gewissenhaftigkeit	146
a) Gewissenhaftigkeit als allgemeine Berufspflicht, § 43 Abs. 1 S. 1, 2. Var. WPO	146
aa) Die Regelungen der Berufssatzung zur Organisation der Berufsausübung	147
bb) Die Regelungen der Berufssatzung zur Durchführung einzelner Aufträge	148
b) Pflicht zur gewissenhaften Prüfung, § 323 Abs. 1 S. 1 HGB	149
2. Erforderlicher Zeit- und Mitteleinsatz bei der Abschlussprüfung als besondere Berufspflicht, § 43 Abs. 5 WPO	150
3. Kritische Grundhaltung als besondere Berufspflicht, § 43 Abs. 4 WPO	150
4. Information beim Wechsel des Abschlussprüfers	154
5. Gegenstand der Abschlussprüfung	155
a) Jahresabschluss und Lagebericht	156
b) Konzernabschluss und Konzernlagebericht	157

c) Risikofrüherkennungssystem	157
d) Erklärung zur Unternehmensführung	158
e) Nichtfinanzielle Berichterstattung	158
f) Vergütungsbericht	159
g) Zwischenfinanzberichterstattung	160
h) Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit, Zahlungsbericht	160
6. Umfang und Grundsätze der Abschlussprüfung	160
a) Umfang und Grundsätze der Prüfung des (Konzern-)Jahresabschlusses	162
b) Umfang und Grundsätze der Prüfung des (Konzern-)Lageberichts	165
c) Umfang und Grundsätze der Prüfung des Risikofrüherkennungssystems	167
7. Anforderungen an die Dokumentation	167
a) Führen von Handakten und einer Auftragsdatei als besondere Berufspflichten, §§ 51b, 51c WPO	168
b) Zusätzliche Anforderungen bei Abschlussprüfungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse	170
IV. Gesetzliche Anforderungen zur Gewährleistung des öffentlichen Ansehens der Abschlussprüfer	171
1. Berufseid, § 17 WPO	172
2. Siegelführung als allgemeine Berufspflicht, § 48 WPO	172
3. Berufswürdiges Verhalten und Verbot der Ausübung unvereinbarer Tätigkeiten als allgemeine Berufspflichten, § 43 Abs. 2 S. 1, 3 WPO	173
4. Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung als allgemeine Berufspflicht und Mindesthaftkapital, §§ 28 Abs. 6, 54 WPO	173
5. Verschwiegenheitspflicht	174
a) Verschwiegenheit als allgemeine Berufspflicht, § 43 Abs. 1 S. 1, 3. Var. WPO	175
b) Verschwiegenheitspflicht zugunsten des geprüften Unternehmens, § 323 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 HGB	176

E. Die gesetzlichen Qualitätsanforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers	177
I. Gesetzliche Anforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers mit dem Aufsichtsrat	178
1. Prüfungsbericht	181
a) Vorlagepflicht gegenüber dem Aufsichtsrat	184
b) Grundsätze der Berichterstattung	185
c) Inhalt des Prüfungsberichts	186
aa) Allgemeine Anforderungen	186
(1) Vorwegbericht	187
(2) Hauptteil	189
(3) Erläuterung von Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	191
(4) Unabhängigkeit	192
(5) Risikofrüherkennungssystem	192
bb) Zusätzlichen Anforderungen an den Prüfungsbericht bei Prüfungen von Unternehmen im öffentlichen Interesse	193
2. Kommunikation in der Bilanzsitzung	194
3. Kommunikation während der Prüfungsdurchführung	196
4. Kommunikation im Auswahlprozess	199
a) Obliegenheiten im Auswahlprozess	199
b) Unabhängigkeitserklärung und Erörterung der Unabhängigkeit gem. Art. 6 Abs. 2 EU-APVO	200
II. Gesetzliche Anforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers mit dem Vorstand	201
III. Gesetzliche Anforderungen an die Kommunikation des Abschlussprüfers gegenüber den Abschlussadressaten	203
1. Bestätigungsvermerk	205
a) Allgemeine Anforderungen an den Inhalt des Bestätigungsvermerks	208
b) Zusätzliche Anforderungen an den Bestätigungsvermerk bei der Prüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse	209
2. Transparenzbericht	212
IV. Mitteilungspflichten des Abschlussprüfers gegenüber Behörden	215
1. Mitteilungspflicht gem. Art. 7 Untabs. 1, 2 EU-APVO	216

2. Mitteilungspflicht gem. 12 Abs. 1 EU-APVO	218
F. Zwischenfazit zu den gesetzlichen Qualitätsanforderungen	220
G. Die gesetzlichen Qualitätssicherungsmechanismen	222
I. Interne Qualitätssicherungsmechanismen	224
1. Internes Qualitätssicherungssystem, § 55b WPO	225
a) Regelungen des Qualitätssicherungssystems bei Abschlussprüfungen, § 55b Abs. 2 WPO	227
b) Überwachung der Anwendung der Regelungen des Qualitätssicherungssystems bei Abschlussprüfungen, § 55b Abs. 3 WPO	228
2. Auftragsbezogene Qualitätskontrolle	230
3. Anforderungen an die auftragsbegleitende Qualitätssicherung als Teil der auftragsbezogenen Qualitätskontrolle bei PIE-Prüfungen, Art. 8 EU-APVO	231
II. Externe präventive Qualitätssicherungsmechanismen	232
1. Präventive Qualitätssicherungsverfahren	233
a) Externe Qualitätskontrolle, § 57a WPO (Peer Review)	234
aa) Turnus der Qualitätskontrolle	237
bb) Prüfer für Qualitätskontrolle	238
cc) Prüfungsgegenstand, -umfang und -ansatz	240
dd) Qualitätskontrollbericht	241
ee) Auswertung des Qualitätskontrollberichts durch die Kommission für Qualitätskontrolle	243
b) Inspektionen, Art. 26 EU-APVO, § 62b WPO	244
aa) Turnus der Inspektionen	245
bb) Inspektoren	245
cc) Prüfungsgegenstand, -umfang und -ansatz	246
dd) Inspektionsbericht und Maßnahmen der APAS	247
ee) Berücksichtigung der Inspektionsberichte durch den Aufsichtsrat im Auswahlverfahren	249
2. Sonstige präventive Berufsaufsicht	249
III. Externe repressive Qualitätssicherungsmechanismen	250
1. Repressive Berufsaufsicht	250
a) Ermittlungen durch die WPK bzw. APAS	253
b) Entscheidung über berufsaufsichtsrechtliche Maßnahmen	253

2. Mittelbare Überwachung der „Arbeitsergebnisse“ des Abschlussprüfers im Enforcement-Verfahren	254
3. Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtliche Sanktionierungen bei Verstößen	256
4. Gerichtliche Ersetzung des Abschlussprüfers, § 318 Abs. 3 HGB	257
5. Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen gegen den Bestellungsbeschluss der Hauptversammlung, §§ 241 ff. AktG	260
6. Nichtigkeit des Jahresabschlusses, § 256 Abs. 1 Nr. 2, 3 AktG	261
7. Deliktsrechtliche Haftung des Abschlussprüfers	262
IV. Information Dritter über die Qualitätssicherungsmechanismen	264
V. Zwischenfazit zu den gesetzlichen Qualitätssicherungsmechanismen	266
H. Die Qualitätsprüfung im Aufsichtsrat	268
I. Initiativen von „Regulatoren“ zur Überwachung der Abschlussprüfung durch Audit Committees	270
1. Initiativen von Aufsichtsbehörden zur Qualitätsüberwachung durch Audit Committees	271
2. Initiativen aus dem Berufsstand zur Präzisierung der Qualität der Abschlussprüfung	272
II. Zuweisung der Überwachungsaufgabe an (qualifizierten) Prüfungsausschuss	273
1. Finanzexperte	276
a) Qualifikation	276
b) Unabhängigkeit	278
c) Besondere Interessenbindung des Finanzexperten?	278
d) Publizität	279
2. Sektorvertrautheit	279
III. Auswahl des Abschlussprüfers und Beauftragung durch den Aufsichtsrat	281
1. Allgemeine Anforderungen	282
a) Auswahl und Wahlvorschlag an die Hauptversammlung	282
b) Auftragserteilung	285

2. Besondere Anforderungen in Unternehmen von öffentlichem Interesse	288
a) Gesetzlich normiertes Auswahlverfahren, Art. 16 Abs. 3 EU-APVO und Überwachung der Unabhängigkeit gem. Art. 6 Abs. 2 EU-APVO	288
b) Empfehlung des Prüfungsausschusses, Art. 16 Abs. 2 EU-APVO, § 124 Abs. 3 S. 2 AktG	292
c) Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung, Art. 16 Abs. 5 EU-APVO	293
3. Zwischenfazit	295
IV. Überwachung während der Prüfungsdurchführung und Hilfestellungen durch den Abschlussprüfer	296
1. Überwachung während der Prüfungsdurchführung	296
2. Hilfestellungen durch den Abschlussprüfer	298
V. Externe Berichterstattung über Aufsichtsrat und Abschlussprüfung	300
1. Berichterstattung des Aufsichtsrats über die Abschlussprüfungsüberwachung an die Hauptversammlung	301
2. Berichterstattung über die Abschlussprüfung in der Erklärung zur Unternehmensführung	303
VI. Gesetzliche Absicherung der Abschlussprüfungsüberwachung	305
1. Sanktionsinstrumente des Aufsichtsrats gegenüber dem Abschlussprüfer	305
2. Sanktionierung des Aufsichtsrats bei einer mangelhaften Überwachung	307
VII. Eingrenzung des Überwachungsgegenstands und der Überwachungsintensität	308
1. Ansätze in der Literatur	309
2. Eigener Ansatz	310
a) Eingrenzung von Überwachungsgegenstand und Überwachungsintensität über die Funktionen der Abschlussprüfung	312
b) Eingrenzung von Überwachungsgegenstand und Überwachungsintensität nach dem Sinn und Zweck der Überwachungsaufgabe im System der Qualitätssicherungsmechanismen	315

c) Eingrenzung von Überwachungsgegenstand und Überwachungsintensität aufgrund der Eigenverantwortlichkeit des Abschlussprüfers und der Besonderheiten des Aufsichtsratsmandats	323
VIII. Die Qualitätsüberwachung im Aufsichtsrat als Element der Corporate Governance	329
1. Wesentliche Erkenntnisse zum Überwachungsgegenstand und der Überwachungsintensität	329
2. Einordnung der Qualitätsüberwachung durch den Aufsichtsrat in die Corporate Governance	332
a) Die Abschlussprüfungsüberwachung als externer Kontrollmechanismus in Bezug auf den Abschlussprüfer	332
b) Die Überwachung der Abschlussprüfung als „Verstärker“ externer und interner Kontrollmechanismen in Bezug auf das Unternehmen	333
I. Fazit und Ausblick	334
I. Fazit	334
II. Ausblick	341
1. Qualifikation im Bereich der Abschlussprüfung	342
2. Ausführlichere Berichterstattung an die Hauptversammlung	344
3. Neue Unabhängigkeitsanforderungen an den Aufsichtsrat	346
4. Das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG)	348
a) Geplante Verschärfungen der Anforderungen an die Unabhängigkeit und Haftung des Abschlussprüfers sowie Erhöhung der ordnungswidrigkeiten- und strafrechtlichen Verantwortung	348
aa) Verschärfung der Unabhängigkeitsanforderungen	349
(1) Ausweitung des Verbots der Erbringung von Nichtprüfungsleistungen	349
(2) Verschärfung der Vorgaben zur Rotation des Abschlussprüfers	349
bb) Verschärfung der Abschlussprüferhaftung und Erhöhung der ordnungswidrigkeiten- und strafrechtlichen Verantwortung des Abschlussprüfers	350
(1) Verschärfung der Abschlussprüferhaftung	350

Inhaltsverzeichnis

(2) Erweiterung der straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Sanktionierung bei Verstößen	350
b) Umfassende Reform des Enforcement-Verfahrens	351
c) Stärkung der Corporate Governance	352
aa) Zwingende Einrichtung eines Prüfungsausschusses und Besetzung mit mindestens zwei Finanzexperten	353
bb) Erweitertes Auskunftsrecht des Prüfungsausschussvorsitzenden	353
cc) Erhöhung des Bußgeldrahmens bei Verstößen gegen die EU-Abschlussprüferverordnung	354
dd) Klarstellung: Abschlussprüfungsüberwachung durch Aufsichtsrat umfasst Qualität	354
Literaturverzeichnis	355